

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 0 25 73-9 79 14 50, Fax: 0 61 31-9 79 14 51,
E-Mail: brh-aktuell@gmx.de

V.i.S.d.P. Dr. Riedel

Nr. 20/2012

01.11.2012

- 01 Sind Altenheime für unsere Alten unbezahlbar? (Kommentar)
- 02 Krankenversicherungsschutz im Auslandsurlaub
- 03 Influenza: Herbstzeit heißt Impfzeit
- 04 Führerschein sicherheitshalber umtauschen?
- 05 Hintergründe bei Finanzberatungen
- 06 Demografieportal von Bund, Ländern und Kommunen ist **online**
- 07 Praxisgebühr bleibt weiterhin in der Diskussion
- 08 Mitmachen!

01 Sind Altenheime für unsere Alten unbezahlbar? (Kommentar)

Laut einem Bericht der "Welt am Sonntag" können sich hunderttausende Seniorinnen und Senioren in Deutschland aus eigener Kraft kein Altenheim leisten. Die Zeitung beruft sich auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Demnach stieg die Zahl der Empfänger von "Hilfe zur Pflege" im Jahr 2010 um rund 5 % auf etwa 411.000 Menschen und die Kosten auf mehr als 3,4 Milliarden Euro. Im Jahr 2009 hatten noch etwa 392.000 Menschen die Leistung bezogen. Rund drei Viertel der Empfänger leben den Angaben zufolge in Heimen.

Dabei zeigen die aktuellen Zahlen, dass die Altenheime in Deutschland für eine Vielzahl von Senioren schlicht zu teuer geworden sind. Laut VdK-Zahlen haben die Heimkosten in der höchsten Pflegestufe zuletzt bei durchschnittlich knapp 2900 Euro im Monat gelegen. Aber selbst für die Pflegestufe Null sind die Heimkosten nicht viel niedriger. So kann ein Lehrer-Ehepaar, bei dem der Vater „Alleinernährer der Familie“ war, von der Pension die Heimkosten nicht bezahlen.

Früher haben einmal meist die Mutter und ein wenig der Vater, als berufstätiger „Alleinernährer“, die Großeltern und die Kinder gepflegt. Auch damals galt, wer nicht pflegen wollte musste reich sein und für Pflegepersonal und Kinderbetreuer zahlen. Heute möchten die „Mittelalten“ den Luxus genießen, lieber Hund statt Kind und bloß keine Altenpflege, ohne wahrlich bis in alle Konsequenz dafür zahlen zu können. Nicht Seniorinnen und Senioren sind das Problem, sondern Faulheit, Egoismus und

Gewinnsucht in unserer Gesellschaft. Wenn Unternehmer und Kaufleute ihre Mitarbeiter schlecht entlohnen und Politiker dies nicht verhindern, dann sollen sie für die entstehenden Heim- und Pflegekosten zahlen.

02 Krankenversicherungsschutz im Auslandsurlaub

Wer in Deutschland **gesetzlich krankenversichert** ist und während eines vorübergehenden Auslandsaufenthalts medizinische Versorgung benötigt, kann in allen EU-Ländern die dortige Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen. Dieselbe Regelung gilt für Island, Lichtenstein, Norwegen und die Schweiz; darüber hinaus wurden mit Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Tunesien und der Türkei Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen. **Voraussetzung ist die Vorlage der Versichertenkarte bzw. elektronischen Gesundheitskarte mit dem Vermerk „Europäische Krankenversicherungskarte“ (EHIC) auf der Rückseite**, um die Absicherung im Krankheitsfall nachzuweisen. Um verbleibende Kostenrisiken wie etwa höhere Selbstbeteiligungen oder einen notwendigen Rücktransport abzudecken, **empfehlen die Krankenkassen den Abschluss einer zusätzlichen Auslandsreise-Krankenversicherung**. Weitere Informationen, auch zum Thema Impfungen für Auslandsreisen, erhalten Sie im neuen Infoblatt.

http://www.bmg-gp.de/index.php/Archiv/GP_Infoblaetter/11-20/gp_infoblatt_nr_18

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Keinen Internetanschluss? Kein Problem! Schreiben Sie eine Postkarte an BRH-aktuell (Anschrift auf Seite 4 unten) – wir drucken das Infoblatt für Sie aus.

03 Influenza: Herbstzeit heißt Impfzeit

Die Presseberichte der letzten Zeit zeigen deutlich, der Impfstoff wird ständig kontrolliert, verdächtige Chargen werden aussortiert und es ist genügend Impfstoff vorhanden. Deshalb **die Gripeschutzimpfung nicht vergessen**.

„**Wir kommen der Grippe zuvor!**“ So lautet das Motto unter dem das Robert Koch-Institut und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) eine Kampagne zur Steigerung der Impfbereitschaft durchführen. Das Informationsangebot umfasst aktuelle Materialien für Schwangere, für über 60-Jährige, für Menschen mit Vorerkrankungen und für medizinisches Personal. Die BZgA stellt aktuelle Print- und Online-Informationen für die einzelnen Risikogruppen zur Verfügung, zudem wurden die Fachinformationen auf den Internetseiten des Robert Koch-Instituts (RKI) und des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) aktualisiert.

http://www.rki.de/DE/Content/Service/Presse/Pressemitteilungen/2012/14_2012.html?nn=2397248

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

04 Führerschein sicherheitshalber umtauschen?

In Deutschland wurden über die Jahrzehnte verschiedene Führerscheine ausgestellt. Ob grau, rosa oder im aktuellen handlichen Scheckkartenformat – die Vielfalt ist groß. **Bisher hielten sie für die vernünftigen Fahrer ein Leben lang. Damit ist es jetzt bald vorbei!**

Die Änderung der Fahrerlaubnisverordnung vom Juli 2012 bestimmt: Die Gültigkeit von Führerscheinen, die ab dem 19. 01.2013 ausgestellt werden, ist auf 15 Jahre

befristet! Führerscheine, die vorher ausgestellt wurden, sind bis zum 19.01.2033 umzutauschen und bleiben dann nur noch 15 Jahre gültig. Also **könnte auch der „graue Lappen“ noch bis dahin (19.01.33) halten. Auch sogar für das europäische Ausland**, da sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet haben, die nationalen Führerscheine gegenseitig anzuerkennen. -(Um allen Eventualitäten im europäischen Ausland vorzubeugen, empfiehlt die Verbraucherzentrale, die entsprechende Entscheidung der EU auszudrucken und im Ausland mit sich zu führen. Das Dokument kann auf der Website der Verbraucherzentrale

<http://www.verbraucherzentrale-bayern.de/Anerkennung>

in der jeweiligen Landessprache heruntergeladen werden. Lässt sich die Polizei auch so nicht überzeugen, können Sie das Bußgeld später anfechten: Achten Sie jedoch darauf, dass neben der Höhe des Bußgeldes auch der Grund auf dem Strafzettel vermerkt ist.)-

Wer aber vorhat, sich einen EU-Führerschein ausstellen zu lassen, um dann einen internationalen Führerschein für das außereuropäische Ausland rechtzeitig vor Beginn einer Reise zu beantragen, oder weil das Jugendbild kaum noch Ähnlichkeit mit der Seniorin / dem Senior hat, der sollte das unbedingt rechtzeitig (mehrere Wochen Bearbeitungszeit) vor dem 19. Januar 2013 erledigen. Dann gilt der neue Führerschein nicht nur 15 Jahre, sondern gut 20 Jahre lang, genau bis zum 19. Januar 2033.

Quellen: test 11/2012, ratgeber.t-online.de, Verbraucherzentrale

05 Hintergründe bei Finanzberatungen

Egal, wie hoch das Vermögen ist, **jeder muss hellwach sein, wenn's ums Geld geht** und darf nicht alleine seinem Berater trauen.

Finanzberater einer Bank oder Versicherung beraten nicht immer Kunden zu deren Vorteil, sondern stehen oftmals unter dem Druck, bankeigene Anlagen verkaufen zu müssen. Ein ehemaliger Bankangestellter fühlte sich nicht als Profi, sondern als Losverkäufer und warf das Handtuch. Alternativ bietet er wie viele andere **Finanzdienstleistungen gegen eine Gebühr** an, obwohl Beratungsgebühren Kunden abschrecken; eine feste **Gebührenordnung wie bei Rechtsanwälten oder Ingenieuren gibt es nicht**.

Forderungen nach transparenten Provisionen und Boni werden laut, dabei neigt ein Berater unter verschiedenen Möglichkeiten das Finanzprodukt auszuwählen, das ihm selber und nicht dem Kunden den besten Gewinn bringt. Es geht nicht nur um Transparenz, denn auch dahinter kann sich ein schlechtes Produkt verstecken!

Eine gute Beratung erfolgt auf Augenhöhe, ist ganzheitlich und legt die Risiken offen. Gerade die Risiken sind einem Kunden nicht immer voll im Bewusstsein. Viele machen sich etwas vor und fliehen entweder in eine Scheinsicherheit oder verwechseln Risikobereitschaft mit Glücksspiel. Ein Vorabprofil kann ein Kunde im Internet z. B. unter

<http://www.mein-anlegerprofil.de> ⇒ <https://mein-anlegerprofil.de/vsa/>

selber erstellen, doch Vorsicht: Ein falsches Anklicken bedeutet ein falsches Ergebnis! Und ob die direkt anschließende Aufforderung nach Beratung gegen Gebühr befolgt wird, sollte jeder selber in Ruhe vorher überlegen.

Zu der **ganzheitlichen Beratung** gehören Lebenssituation und Partnerschaft, Ziele und Bedürfnisse, frei verfügbare Geldbeträge, Einstellungen und Verhalten ebenso

dazu wie die zuvor genannte Risikobereitschaft. Über den Verlauf und das Ergebnis der Beratung steht einem Kunden ein Protokoll zu, das von dem Berater unterschrieben sein muss.

Forderungen nach Verlängerung der Verjährungsfristen und Federführung durch ein Gericht in jedem Bundesland werden laut, weil es in der Strafverfolgung von Vermögensverlusten nach Expertenansicht hapert.

Text: Walter Borrmann

06 Demografieportal von Bund, Ländern und Kommunen ist **online**

Mit dem Demografieportal setzt die Bundesregierung einen wichtigen Grundgedanken der Demografiestrategie um. Der demografische Wandel betrifft alle, seine erfolgreiche Gestaltung braucht alle: Bund, Länder, Kommunen, Sozialpartner, Verbände, Bürgerinnen und Bürger. Im Rahmen der Demografiestrategie betreut das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) das Demografieportal von Bund, Ländern und Kommunen online. Das Demografieportal will mit aufbereiteten Fakten informieren und zum Mitreden über die Themen der Demografiestrategie einladen. Diskussionen können in neun demografielevanten Themenfeldern geführt werden. Alle interessierten **Bürger** können sich ebenfalls am Dialog beteiligen.

- Experten können sich registrieren und eigene Fachbeiträge zu den Themen schreiben.
- Bürger und Experten können Fachbeiträge kommentieren.

Soweit Sie über einen Internetanschluss verfügen nutzen Sie die Chance, sich an der Entwicklung der Demografiestrategie zu beteiligen. „Nur wenn sich möglichst viele Menschen aus Politik und Zivilgesellschaft, aus Wirtschaft und Wissenschaft mit den demografischen Herausforderungen auseinandersetzen, kann Zukunft gelingen“ sagt Bundesminister Dr. H.-P. Friedrich. Der Dialog geht bis zum 31. März 2013.

http://www.politik-fuer-alle-generationen.de/DE/Demografieportal/Portal_node.html

Quelle: BAGSO, Bundesministerium des Innern

07 Praxisgebühr bleibt weiterhin in der Diskussion

Die rot-grüne Opposition und die schwarz-gelbe Koalition im deutschen Bundestag lieferten sich am 25.10.2012 einen Schlagabtausch darüber, ob die Praxisgebühr in Höhe von 10 Euro pro Arztbesuch weiterhin beibehalten werden soll. CDU/CSU wollen den vierteljährlich fällig werdenden Aufschlag erhalten wissen, während sich die FDP für eine Abschaffung der Praxisgebühr ausspricht.

Quelle: Der BRH in NRW (04/54/2012)

08 Mitmachen!

Beim „BRH-AKTUELL“ sollen Ihre Wünsche und Vorstellungen als BRH-Mitglied und nicht die Interessen von Gewerkschaftsfunktionären im Vordergrund stehen. Sie als Leser sollten mitgestalten. Schreiben Sie **Leserbriefe, von 5 bis 10 Zeilen, für den „BRH-AKTUELL“**. Schön wäre es, wenn Sie **Kontakt zu uns halten** und uns hin und wieder **mitteilen, wie zufrieden oder unzufrieden Sie mit uns sind**. Haben Sie z.B. **eigene Vorschläge?** Wir freuen uns über jegliche Art der Anregung und auch Kritik.

E-Mail: brh-aktuell@gmx.de

Postanschrift: BRH-aktuell, c/o Riedel, Dreiningfeldstr. 32, 48565 Steinfurt